



Joachim Rossbroich

Kommt der Krieg der „Einäugigen“ ?

Der Terrorakt in den USA, diese erschreckende – in Ausmaß, Menschenverachtung, Brutalität und Logistik an den Faschismus erinnernde – Vernichtungsaktion hat unsere Welt verändert. Inzwischen sind bei vielen Menschen an die Stelle von Schock und Lähmung angesichts der Monstrosität dieses Verbrechens Mitgefühl, Trauer und ein Gefühl des Verbundenseins getreten. Über die kulturellen und nationalen Grenzen hinaus, auch in der großen Mehrheit der Menschen in der islamischen Welt, gibt es einen Konsens, dass diese Gewalt durch keine politischen oder religiösen Ziele zu rechtfertigen ist und ihre Urheber identifiziert und zur Verantwortung gezogen werden müssen. Dies mag für viele selbstverständlich scheinen, sollte aber festgehalten werden, wenn es um die Fragen geht, in welcher Situation sich jetzt die zivilisierte Welt befindet und was in Zukunft geschehen soll.

Die einhellige Einstufung der Aktion als „Angriff auf die zivilisierte Welt“, ist als spontane Reaktion zutiefst verständlich und angemessen. Aus Sicht dieser, „unserer“ Welt ist der Terrorakt das letzte und zugleich alle vorangehenden an Brutalität übertreffende Glied in einer Kette von Attentaten, deren Urheber den Tod unschuldiger Menschen nicht nur in Kauf genommen sondern geradezu gewollt haben. Deshalb ist auch das Zusammenrücken der Nationen, die Welle der Solidarisierung und die Bereitschaft zur politischen und ggfs. auch militärischen Unterstützung von Vergeltungsaktionen eine naheliegende und grundsätzlich begrüßenswerte Konsequenz.

Psychologisch vielleicht verständlich aber politisch fatal wäre es allerdings – wie Heribert Prantl (Der Präsident, der Mut, der Krieg. SZ. Nr.215 vom 18.09.01) deutlich machte – , aus dieser Solidarität eine „bedingungslose Gefolgschaft“ für einen Rachefeldzug abzuleiten. Wenn die kommenden militärischen Reaktionen mehr als Vergeltung nämlich Prävention sein sollen, bedarf es einer reflektierten und verantwortungsbewussten Solidarität, die sich nicht scheut, unangenehme Wahrheiten auszusprechen und für das rechte Maß politischen und militärischen Handelns zu plädieren.

Eine dieser unangenehmen Wahrheiten ist, dass die Akteure selbst diese Aktion nicht als einen Angriff auf die zivilisierte Welt sondern auf das westliche System und den globalen Kapitalismus verstehen, die sich für sie in der stärksten Wirtschaftsmacht der Welt verkörpern. Dies muss auch zu einem verstärkten Nachdenken darüber führen, ob und ggfs. welche Anteile die Erfolgsgeschichte des „westlichen Systems“ an der Entstehung dieser extremen und fanatischen Bewegungen hat.



Es gibt viele Errungenschaften, auf die die westliche Zivilisation zu recht stolz sein kann und die verteidigt werden müssen. Aber dürfen wir deshalb verdrängen, wie viel brutale Gewalt und Unterdrückung gegen andere Zivilisationen in der Geschichte und im Fundament unserer schönen „freien Welt“ verborgen sind? Dazu gehört die Kette von Zerstörung, Unterdrückung und Demütigung islamischer Kulturen, die von den Kreuzzügen über den Kolonialismus bis zum kalten Krieg reicht.

Wie oft wurden in diesen Jahrhunderten unsere christlichen Werte, später das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten im Umgang mit islamischen und anderen Kulturen „vergessen“ – von den Vernichtungsfeldzügen der Christen über die kolonialen Ausrottungsaktionen der Europäer bis zu der Unterstützung brutaler Diktaturen durch die Amerikaner? Dies kann die brutalen Terrorakte nicht rechtfertigen, aber klar machen, dass sie auch ein Ergebnis dieser Geschichte sind.

Die islamischen Radikalen können den legitimen Anspruch des Islam auf Erhalt und Anerkennung seiner kulturellen Identität auch deshalb für ihre Terroraktivitäten instrumentalisieren und dafür Unterstützung in bestimmten Staaten und Regionen finden, weil deren Funktionseliten und Bevölkerungen auch noch in der jüngsten Geschichte eine Vielzahl von Provokationen, Kränkungen und Demütigungen seitens radikal „westlicher“ Akteure hinnehmen mussten. Diese haben dabei häufig die Leitideen der Demokratie und Freiheit zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen instrumentalisiert.

So gesehen ist der jüngste Terror das (bisher) letzte Glied in einer Spirale der Eskalation eines Konflikts zwischen den USA und radikalen islamischen Bewegungen, in der sich beide Seiten als bloße Verteidiger verstehen und sich gegenseitig Kreuzzugsmentalität und Fanatismus vorwerfen. Der Unterschied zwischen der zynischen Vernichtung unschuldiger Menschen einerseits und gezielten Militäraktionen gegen (para)militärische Ziele und Organisationen darf nicht verwischt werden. Gleichwohl sollte zugestanden werden, dass auch fragwürdige Aktionen der Amerikaner - wie beispielsweise die Bombardierung des Sudan 1998 - bei dieser Eskalation eine Rolle gespielt haben.

Dazu passt, dass dieser – von Experten und Konfliktforschern schon länger befürchtete und prophezeite – Übergang in eine neue Dimension des globalen Terrorismus zu einer Zeit stattfindet, in der ein Präsident die USA regiert, der sich aus dem Bemühen um Vermittlung im Nahost-Konflikt demonstrativ zurückgezogen hat, der sich deutlicher als seine Vorgänger als Interessenvertreter von Wirtschaft und (Rüstungs-)Industrie zu erkennen gibt und der durch die Begleitumstände seiner Wahl den ohnehin erodie-



renden Glauben an die Geltung demokratischer Verfahrensregeln ein weiteres Mal erschütterte.

Islamischer und westlicher Fundamentalismus: Gott gegen Geld

Das gibt Anlass zu der Befürchtung, dass sich hier eine neue verhängnisvolle Polarisierung des Denkens und möglicherweise auch der zukünftigen Weltpolitik anbaut, in der sich – zugespitzt formuliert – zwei fundamentalistische Ideologien gegenüber stehen werden, die das Feld der politischen Mitgestaltung unserer Welt zunehmend besetzen und auf diese Weise eine „Kolonialisierung“ der Demokratie und der offenen Gesellschaft betreiben.

Der islamische Fundamentalismus (oder Islamismus) repräsentiert eine radikale Strömung innerhalb einer – ansonsten vielfältigen und differenzierten – islamischen Kultur, der versucht, die Gesellschaft und Politik (wieder) der Religion zu unterwerfen. Er findet dabei wachsende militante Unterstützung insbesondere unter den jungen Menschen in den arm gebliebenen und arm gewordenen Regionen dieser Welt.

Leider hat sich aber auch innerhalb unserer – ansonsten so vielfältigen und differenzierten – westlichen Kultur eine radikale Strömung, eine Spielart des Fundamentalismus ‚herausgebildet‘ die dazu neigt, die Gesellschaft und Politik der Ökonomie zu unterwerfen. Diese wird gestützt durch Kapitalinteressen und die geistige Verarmung und politische Gleichgültigkeit wachsender Bevölkerungsanteile in den bisherigen Gewinnerregionen der Globalisierung.

Beide Ideologien entspringen einem verkürzten Verständnis von menschlicher Kultur, Gesellschaft und Politik, ihre Weltmodelle und Menschenbilder sind mit Blick auf die globale Realität nicht angemessen komplex und die von ihnen gebahnten Entwicklungspfade stellen „Engführungen“ menschlicher Entwicklung und ihrer politischen Mitgestaltung dar.

Wenn sich der ökonomische Fundamentalismus in der westlichen Politik weiter durchsetzt, kann es nicht gelingen, den unaufhaltsamen Globalisierungsprozess der Ökonomie ökologisch vernünftig, sozial gerecht und demokratisch zu gestalten und ihn mit einer Anerkennung regionaler Kulturen und einem Respekt für die Geltungsansprüche traditionaler Moralsysteme (soweit sie die individuellen Menschenrechte nicht verletzen) zu verbinden. Das bedeutet, dass in vielen Regionen der Welt der Nährboden für einen religiös begründeten und politisch gewendeten Fundamentalismus weiter wachsen wird.

In einem „worst case Szenario“ könnte daher der brutale terroristische Angriff auf die USA der Auftakt zu einem endlosen „Krieg der Einäugigen“ sein,



den die Experten eines globalen „Sicherheits-Managements“ mit den Experten des globalen Terrors auf Kosten der Bevölkerungen führen. Kennzeichnend für diese Eskalation würde sein, dass sie von beiden Seiten in der Weise interpunktiert wird, dass der Gegner das absolut Böse verkörpert, auf das man selbst zu reagieren gezwungen ist.

Der neue „Krieg“ als Dauerzustand ?

Es würde ein Krieg sein, der sich von allen bisherigen Kriegen in der Geschichte der Menschheit radikal unterscheidet. Den Terroristen geht es – wie Petra Steinberger treffend formulierte – nicht mehr um einen nationalen Befreiungskampf wie im Selbstmord-Terrorismus der Palästinenser, sondern darum, die post-nationale Gesellschaft, die sich derzeit – nach westlicher Logik und unter Führung der verhassten USA – formiert, wo immer es geht zu schwächen und zu verletzen. (Im Namen des Terrors, SZ Nr. 213 vom 15./16 September)

Es wird ein post-nationaler Krieg sein, in dem die moderne Logistik der Terroristen – die global verteilte und dezentrale, das Internet nutzende Netzwerkorganisation und Finanzierung von „Geist“ und Logik des Terrors, die die Ausbreitung von Keimzellen und die Aktivierung der „Terror Sleeper“ jederzeit überall auf der Welt ermöglicht – auch den Strategien der Verteidigung ihr Muster aufzwingt. Denn unter diesen Bedingungen kann eine Sicherheitspolitik für die post-nationale Gesellschaft nicht mehr zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen Verbrechensbekämpfung und Krieg unterscheiden. Sie muss ihrerseits eine dezentrale und „unterirdische“, vor allem geheimdienstliche Vernetzung und Finanzierung ausbauen, um überall auf der Welt mit allen verfügbaren Mitteln schnell und möglichst präventiv zuschlagen zu können.

Weil dieser Krieg die bislang überwiegend nationalstaatlich geleistete Polizeiarbeit, die Verbrechensbekämpfung durch legitimierte Gewalt für die post-nationale Gesellschaft übernehmen muss, wird er – wie Verbrechensbekämpfung allgemein – nie enden können, sondern lediglich durch Unterbrechungen und die Verschiebung regionaler Brennpunkte geprägt sein. Zugespitzt formuliert werden sich zwei global agierende Netzwerke einen Machtkampf liefern, der zu großen Anteilen unterirdisch und mit Hilfe von Internet und Intranet gesteuert und – Vulkanausbrüchen ähnlich – rund um die Welt Eruptionen der Gewalt hervorbringen wird. Das bedeutet, dass für die große Mehrheit der Bevölkerungen Zeit, Ort und Ausmaß der präventiven und Strafaktionen genauso unvorhersehbar und überraschend kommen werden wie die Terrorakte.

Weil es notwendig wird, Strategie, Taktik und Operationen der Terrorabwehr absolut geheim zu halten, müssen zwangsläufig wachsende und bedeutsame Anteile der politischen Willensbildung der Kritik und Kontrolle der



Öffentlichkeit entzogen werden. Das bedeutet, dass die für die Demokratie ohnehin existenzbedrohende „Kluft zwischen Entscheidern und Betroffenen“ (Niklas Luhmann) sich weiter vertiefen wird.

Darüberhinaus wird die ebenfalls notwendige Verschärfung der Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen alle Bereiche der Lebens- und Arbeitswelt betreffen und mit den Grundrechten und Freiheiten nicht „nur“ die Lebensqualität der Menschen sondern – durch Lähmung ihrer geistigen Ressourcen und Fähigkeiten – langfristig auch die Offenheit, die Lern- und Entwicklungsfähigkeit unserer Gesellschaft einschränken.

Während der Krieg als Dauerzustand früher in Europa und heute in vielen Regionen der dritten Welt „normal“ war und ist, wird er das Leben in den bislang weitgehend gesicherten Wohlstandszonen der post-nationalen Gesellschaft tiefgreifend verändern: Verunsicherung, Angst und Misstrauen werden das Fühlen, Denken und Handeln dauerhaft infizieren, mit jedem neuen Anschlag werden Gefühle der Hilflosigkeit und damit die Wut und die allgemeine Bereitschaft zunehmen, mehr und härtere kriegerische Strafaktionen zu billigen und einzuleiten, die nahezu zwangsläufig auch Unschuldige treffen müssen. Und jede dieser Strafaktionen kann Prozesse der Solidarisierung und Radikalisierung in den betroffenen Regionen auslösen und den Terroristen neue Anhänger zuführen. So wird der neue Krieg Denken und Urteilskraft zunehmend polarisieren und entdifferenzieren. In beiden Lagern werden immer mehr Menschen „einäugig“ werden und Selbstkritik als „Verrat“ bewerten.

Wie kann man diese bedrohliche Entwicklung abwenden ?

Trotz und gerade wegen des enormen Handlungsdrucks muss es jetzt darum gehen, nicht nur internationale sondern auch interkulturelle Verständigung zu organisieren und überall die Potentiale und Kräfte für differenziertes Denken und Handeln zu stärken und alle Chancen für eine Politisierung, nicht Militarisierung der bevorstehenden Konflikte zu unterstützen und zu stärken. Drei Dimensionen lassen sich skizzieren :

Erstens muß die geplante **Terrorabwehr** auf einen interkulturellen Konsens gestützt werden und Zuschnitt und Umfang der Reaktionen auf die angebliche „Kriegserklärung“ der Terroristen wohl bedacht und vielfältig angelegt werden. Der sozialpsychologisch ebenso verständlichen wie gefährlichen Tendenz zur „Einäugigkeit“, zur Engführung von Wahrnehmung, Denken und Handeln muss mit allen Mitteln und Kräften unserer (noch) offenen Gesellschaft entgegengewirkt werden.

Das betrifft die Tendenzen zur kollektiven Feindbildkonstruktion, wie sie beispielsweise in der Gleichsetzung der Täter mit der Kultur ‚aus der sie kommen‘ zum Ausdruck kommt. Die Täter sind in erster Linie eine Bande



von Kriminellen, pathologische Mörder und Selbstmörder, die sich von der Zivilität westlicher und islamischer Kultur gleich weit entfernt haben – auch wenn ihre Mentalitäten und Motive durch islamische Religion geprägt sind.

Es betrifft auch die Militarisierung des Denkens, wie sie in manchen martialischen Äußerungen diesseits und jenseits des Atlantiks erkennbar ist. Der Terrorakt ist keine Kriegshandlung sondern ein gigantisches Verbrechen, ein Massenmord, der mit angemessenen, möglicherweise auch militärischen Mitteln bestraft werden aber nicht notwendig einen Krieg nach sich ziehen muss. Der jetzt notwendige Auf- und Ausbau einer internationalen Terrorabwehr sollte so weit wie möglich unter dem Dach der Vereinten Nationen stattfinden, Russland und China ebenso wie die kooperationsbereiten muslimischen Staaten mit einbeziehen und politische, wirtschaftliche und geheimdienstliche Maßnahmen integrieren.

*Zweitens sollte dieser schreckliche Angriff zum Anlass werden, dass sich die Kräfte der Aufklärung und der Selbstkritik in allen „Lagern“ verbünden und in einen neuen und verstärkten „**Dialog der Kulturen**“ über die Zukunft unserer Welt eintreten. Die Potentiale dafür sind in beiden Kulturkreisen vorhanden: die Erkenntnisse und Prognosen über die ökologischen, kulturellen und sozialen Risiken und Folgen einer Globalisierung unter der Regie eines ökonomischen Fundamentalismus liegen uns vor. Und im islamischen Denken und in einigen islamischen Staaten – wie zum Beispiel im Iran – gibt es verstärkt Tendenzen zur Säkularisierung des Islam und zu einer Trennung von Politik und Religion, die einer friedlichen Entfaltung beider Kräfte dienen könnten.*

Ausgangspunkt eines solchen Dialogs könnte die These sein, dass Demokratie, Markt und (eine in der gemeinsamen Anerkennung moralischer Werte begründete) Solidarität von Gemeinschaften die drei zentralen Kräfte der sozialen Integration und der Stabilisierung von Gesellschaft sind, die in ihrer Eigenlogik respektiert und geschützt werden müssen, damit sie sich gegenseitig ergänzen und begrenzen können.

Demokratie und Markt ergänzen traditionale Solidarität, indem sie die soziale Integration der „Anderen“, auch aus fremden Kulturen und Lebenswelten über Verfahren der Willensbildung und des Warentauschs ermöglichen. Deshalb können sie diese Solidarität auch zugleich begrenzen, wo diese sich mit Intoleranz und Ausgrenzung zu verbinden droht. Umgedreht kann auch eine moderne Gesellschaft alleine durch abstrakte Steuerungsmedien wie Markt und Demokratie nicht integriert werden – sondern bedarf der traditionellen Solidarität innerhalb von Regionen, Gruppen und Gemeinschaften.

Im Umfeld des religiösen Fundamentalismus sollte daher für die Einsicht geworben werden, dass Markt und Demokratie mehr sind als (böse) Strategien



eines westlichen Kulturimperialismus, nämlich evolutionär ausdifferenzierte Verfahren der Machtverteilung und der Integration menschlicher Gesellschaft, die Chancen und Wege einer Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen und einer nicht konflikt- aber gewaltfreien Entwicklung aller Kulturen auf der Welt eröffnen könnten.

Unter Bedingungen globalisierter Informations- und Wissensflüsse und fortschreitender Individualisierung wird nirgendwo auf der Welt auf Dauer sich noch eine Kultur erhalten können und politisch gestaltbar sein, die sich ausschließlich oder überwiegend auf die Bindungs- und Integrationskraft traditionaler Loyalität und Solidarität, auf die gemeinsame Anerkennung des Geltungsanspruchs einer (religiös begründeten) substanziellen Moral zu stützen sucht. Ebenso wird eine Kultur, in der – teils unbewusst und naiv, teils bewusst und zynisch – nicht nur traditionale Moral sondern auch die Demokratie zunehmend der Dynamik von Ökonomie und Markt unterworfen werden, in ein „Wettsägen am eigenen Ast“ (Hans Peter Dürr) führen und muss langfristig ökologisch, kulturell und sozial scheitern.

Im Umfeld des ökonomischen Fundamentalismus sollte daher für die Einsicht geworben werden, dass die Eigenlogik der Moral, die Verankerung der Einstellungen und Lebenspraktiken von Bürgern in traditionellen Werten und Bindungen mehr als (lästige) Bremsen für die Entwicklung und Globalisierung der Wirtschaft sind. Dasselbe gilt für die inzwischen von vielen Seiten, vor allem aber durch Allianzen zwischen Wirtschaft und Politik bedrohte Demokratie: ebenso wie die Moral ist die Eigenlogik der Demokratie, die politische Zielbestimmung und Mitgestaltung gesellschaftlicher Entwicklung über Verständigung, Konflikt und Konsensfindung aller Bürger eine unverzichtbare Voraussetzung (und einzige Chance), um die ökonomische Dynamik vernünftig zu gestalten und damit die Gesellschaft stabil zu halten.

*Drittens – und das ist wohl am schwierigsten und nur langfristig zu erreichen – müssen die Erkenntnisse des Dialogs der Kulturen zu einer veränderten und interkulturellen **Weltentwicklungspolitik** führen, die sich darum bemüht, die ökologischen, sozialen und kulturellen Bedingungen der Entstehung von Migration, Gewalt, Terrorismus und Krieg zu beseitigen. Vielleicht kann dieser schreckliche Anschlag zum Anlass werden, dass die reichen Industrienationen diese größte Herausforderung und Zukunftsaufgabe der Menschheit endlich gemeinsam und mit dem notwendigen – geistigen und materiellen – Einsatz angehen. Ansonsten wird es auch für uns hier in Europa keine Sicherheit mehr geben. Deshalb muss dies nicht „nur“ aus ethischer Verantwortung sondern auch im wohl verstandenen Eigeninteresse geschehen.*